Offener Brief an Bundesrat Graber

Autor(en): **Wicke, Berthe**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **67 (1973)**

Heft 10

PDF erstellt am: **25.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-142234

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

fühlen, aus ihren Mitgliedern kleine Gemeinschaften zu bilden, die sich wirklich in den armen Gebieten verwurzeln. ... Diese authentischen Beispiele von Selbstlosigkeit und geistiger Freiheit werden dazu führen, daß die übrigen Mitglieder des Volkes Gottes ein ähnliches Zeugnis der Armut geben. Eine aufrichtige Bekehrung muß die individualistische Mentalität ändern in eine solche des sozialen Gespürs und der Sorge für das Gemeinwohl».

Der bischöflichen Kommission für soziale Aktion muß eine Beratergruppe beigefügt werden, deren Ziel sein soll:

— die Sensibilisierung des Klerus, der Ordensleute und der Laien fortzusetzen bezüglich der gegenwärtigen Problematik der Kirche gegenüber der Befreiung der peruanischen Menschen;

— die fachlichen Studien über gewisse Aspekte des ökonomischen Lebens der Kirche zu intensivieren, insbesondere hinsichtlich der kirchlichen Besitztümer und einer gleichmäßigen Einkommensverteilung, die die Lage vieler Priester lindern soll, die unter Unsicherheit und Armut zu leiden haben;

— die Kirchenleitung in den Aufgaben zu beraten, die sich aus den Forderungen des Evangeliums angesichts der sozio-ökonomischen Probleme ergeben.

Lima, Januar 1969

Offener Brief an Bundesrat Graber

23. September 1973

Herrn Bundesrat Pierre Graber
Politisches Departement
Bundeshaus, Bern

Sehr geehrter Herr Bundesrat,

Als Schweizerin, die keiner politischen Partei angehört und die an die Möglichkeiten der Demokrate zum Schutze der Menschenrechte glaubt, frage ich Sie an, warum der Bundesrat den Militärputsch in Chile nicht verurteilt und warum die Schweizer Botschaft in Santiago geschlossen ist, selbst für Schweizer Bürger, die als Anhänger Allendes in höchster Gefahr sind. Vielmehr würde es unserem Ruf entsprechen, wenn unsere Botschaft auch für Flüchtlinge, die bei Allende Zuflucht gefunden hatten und die jetzt in ihrer Freiheit und ihrem Leben gefährdet sind, die Tore weit öffnete. Berechtigter Protest und großzügiges Asylangebot ließen 1968 bei den Ereignissen in der Tschechoslowakei nicht auf sich warten.

Es ist nicht anzunehmen, daß Sie im Zweifel sind, wo Recht und Unrecht liegen, selbst wenn von der Junta versucht wird, ihrer Tat ent-

sprechende Absichten Allende in die Schuhe zu schieben. Auch daß die Zerrüttung der Verhältnisse in Chile weniger auf Allendes Reformen, die der ganzen Bevölkerung Brot und den Kindern Milch verschafften, als vielmehr auf die Unterminierung der Wirtschaft durch die gesamte Opposition, die auch in der Verwaltung die Möglichkeit hatte, Allendes Maßnahmen zu sabotieren, zurückzuführen ist, liegt auf der Hand. In welchem Maße außerchilenische Organisationen diese Opposition finanzierten, wird wohl in nicht allzuferner Zukunft bekannt werden. Es scheint ja, daß die Steigbügelhalter der Junta, Eduardo Frei mit seiner sich «christlich» nennenden Partei, von ihr beiseite geschoben werden. Das ist verständlich, da Frei schon vor Allende mit einer Bodenreform begonnen hatte und eine solche nicht mit den von der Junta vertretenen Interessen übereinstimmt.

Wenn die Schweiz es unterläßt, die verfassungsverletzende Bluttat der christlichen Junta zu rügen, werden immer weitere Kreise der schweizerischen Bevölkerung an der Konzeption irre, die der Bundesrat vom Militär hat. Wenn man weiß, wie gerade das chilenische Militär für seine Verfassungstreue bekannt war und sieht, wie mit illegalen Mitteln und Gewalt diese zuschanden wurde, wird das Mißtrauen gegen das Militär allgemein wachsen. Dazu in der Schweiz die Hand zu bieten, liegt sicher nicht in der Absicht des Bundesrates.

Als überzeugte Verfechterin gewaltfreier Konfliktbereinigung habe ich seit 1970 das hoffnungsvolle Experiment Chile in allen Phasen verfolgt. Das blutige Resultat vom 11. September ist für mich eine niederschmetternde Erfahrung, in der alle Hoffnung erstickt scheint. Andere Kreise, die daran zweifelten, daß soziale Gerechtigkeit ohne Gewalttätigkeiten erreicht werden könne, wird die Erfahrung Chile zu intensiverer Vorbereitung auf gewalttätige Auseinandersetzungen veranlassen. Wenn der Bundesrat solche im fernen Chile nicht verurteilt, muß man darauf gefaßt sein, daß ähnliche Tendenzen auch in unserem Lande zunehmen.

Andere Staaten wie Schweden, Holland, die BRD usw. haben bereits ihre Kredite und Entwicklungshilfe für das Chile der Junta gesperrt. Es ist anzunehmen, daß die Schweiz dasselbe tut, obwohl ihre wirtschaftliche und entwicklungspolitische Unterstützung Allendes gering war, darin wohl die Politik der Weltbank und der USA befolgend. Es wäre ein Hohn, wenn sie den militärischen Verfassungsbrechern das gewähren würde, was sie der demokratisch gewählten Regierung Allendes verweigert hat.

Zusammenfassend möchte ich Sie nochmals dringend bitten, gegen die Mißachtung der Menschenrechte in Chile offen Stellung zu nehmen und den Opfern — seien es chilenische Allende-Anhänger oder Flüchtlinge, die in Chile Asyl gefunden hatten — in unserer Botschaft und in

der Schweiz Asyl zu bieten. — Wenn von gewissen Kreisen verlangt wird, man soll in die Verurteilung Chiles auch alles in osteuropäischen Staaten vorkommende Unrecht miteinbeziehen, möchte ich daran erinnern, daß 1968 bei der Verurteilung der Ereignisse in der Tschechoslowakei nicht auch gleichzeitig das Unrecht in den Gefängnissen Spaniens und Griechenlands erwähnt wurde.

Wird der Bundesrat dem Zuspruch Zwinglis «Tut um Gottes willen etwas Tapferes» Gehör schenken?

Mit vorzüglicher Hochachtung (sig.) Berthe Wicke, Dr. phil.

Zur Petition «Freiheit für vietnamische Zivilinternierte»

Beide Räte haben in Zustimmung zu den Berichten ihrer Kommissionen und ohne Diskussion beschlossen, die Petition dem Bundesrat zu überweisen. Aus den Berichten der Petitionskommission der beiden Räte:

«... Im Laufe des nächsten Jahres soll eine vom EPD in Auftrag gegebene Studie veröffentlicht werden, welche Vorschläge für die Verbesserung der bestehenden Vereinbarungen betr. die politischen Gefangenen enthält. Sie ist gedacht als Grundlage der weiteren Anstrengungen für die Schaffung einer internationalen Konvention.

... Die Petitionskommission beantragt einstimmig, den Vorschlag der Petenten dem Bundesrat zu überweisen und ihn zu ersuchen, von einer offiziellen Intervention abzusehen, sich aber mit den ihm zu Gebote stehenden Mitteln, namentlich auch durch eine Fühlungnahme mit dem IKRK, für die Verbesserung des Loses der Zivilgefangenen, insbesondere der politischen Häftlinge — wo immer sie sich auch befinden — einzusetzen.» B. Wicke

«Multi-Nationale» und die Mitbestimmung

Nehmen wir eine UPI-Meldung in der NZZ (14. Aug. 1973, Nr. 372) vorweg. Sie berichtet unter dem Titel «Währungskrisen durch multinationale Gesellschaften».

«Multinationale Gesellschaften haben in den meisten Fällen genug wirtschaftliche Macht, um Währungskrisen herbeizuführen, wenn sie es für günstig halten. Sie besitzen überdies die Stärke, die Souveränität von Nationen in Gefahr zu bringen. Das geht aus einer Studie des **UNO-Wirtschafts- und Sozialrates** hervor, die am Montag in New York veröffentlicht wurde.

Die Untersuchung dient als **Arbeitspapier** für eine von UNO-Generalsekretär Kurt Waldheim ausgewählte Gruppe internationaler Ex-